

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (LKR)

Mögliche Corona-Hilfsgelder für den Hans-Koschnick-Flughafen

Mehr als eine Milliarde Euro sollen als Corona-Ausgleich an deutsche Flughäfen fließen.

Der Bund will die Hilfen auf die größeren Airports konzentrieren. Profitieren soll auch Bremen (Quelle: Weser Kurier Bremen).

Als Liberal-Konservativer Reformier (LKR) begrüße ich diese Überlegungen, gebe allerdings zu bedenken, dass mögliche Corona-Wirtschaftshilfen eng an die Wirtschaftlichkeit möglicher und begünstigter Flughäfen gekoppelt werden müssen.

Es kann/darf allerdings nicht sein, dass Corona-Wirtschaftshilfen für Flughäfen ausgeschüttet werden, welche schon vor Beginn der Corona-Pandemie lange Zeit tief in den roten Zahlen steckten. Mögliche Corona-Hilfsgelder für unwirtschaftliche Flughäfen würden deren Insolvenzen nur hinauszögern und schlussendlich nicht verhindern. Zu diesen Flughäfen zählt auch der Bremer Flughafen.

Der Bremer Flughafen spielt aufgrund seiner geringen Passagierzahlen bundesweit keine große Rolle, soll jetzt aber mittels Corona-Hilfsgeldern weiterhin subventioniert werden.

Dagegen spreche ich mich als Abgeordneter der LKR aus und zwar deshalb, weil auch mit diesen möglichen und zu erwartenden Corona-Hilfsgeldern kein Strukturwandel für unseren Flughafen stattfinden wird.

Rein wirtschaftlich/finanziell gesehen sollte der Hans-Koschnick-Flughafen zu einem reinen Cargo-Flughafen umstrukturiert werden, damit Teile des Flughafens der Bremer Wirtschaft weiterhin zur Verfügung stehen.

Bremerinnen und Bremer weichen aufgrund der besseren Flugangebote und Flugverbindungen bereits seit langem auf die Flughäfen Hamburg und Hannover aus.

Diese Corona-Pandemie sollte auch in Bremen als Chance genutzt werden, um sich von altem Ballast zu befreien und die Chancen von wichtigen, wirtschaftlichen Umstrukturierungen nicht zu verschlafen. Nur durch eine wirtschaftliche Neuausrichtung des Bremer Flughafens können Arbeitsplätze (Fluglotsen, Boden- und Sicherheitspersonal) in der Flugverkehrsbranche langfristig gesichert werden.

Corona-Hilfsgelder dürfen bei wirtschaftlichem Missmanagement nicht zu willkürlichen Wirtschaftshilfen verkommen.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf:

Die Vergabe von Corona-Hilfsgeldern an den Bremer Flughafen erst in Verbindung mit nachvollziehbaren und geprüften wirtschaftlichen Neustrukturierungsmaßnahmen anzustoßen.

Peter Beck (LKR)